

# Prekäre Demokratie im Schatten des Völkermordes

Armenien und Karabach, Teil 1

VON HANS-LUKAS KIESER

Der militärische Einmarsch Bakus in Karabach (armenisch: Artsakh), einem autonomen armenischen Bezirk in Aserbaidschan,

now-Reiches Parteienstaaten, Ethnokratien, Wahlauskokratien und sozialdarwinistische „Realpolitik“ durchgesetzt. Die Demokratie, wenn sie denn aufkeimte, blieb prekär. Imperiale Vorurteile blieben bestehen.



die Vertreibung von mehr als 100.000 einheimischen Armeniern und die Selbstauflösung der Republik Artsakh Ende September 2023 fanden weltweit wenig Beachtung. Der Krieg in der Ukraine, das Hamas-Pogrom am 7. Oktober und der darauf folgende Krieg in Gaza machen die meisten Schlagzeilen. Doch diese blitzartige Vertreibung - eine ethnische Säuberung durch ein Mitglied des Europarats - verstößt gegen die Grundwerte der modernen Demokratie. Vorausgegangen waren mehrfache antiarmenische Drohungen, rassistische Rhetorik und militärische Angriffe auch gegen die benachbarte Republik Armenien. Die Drohungen gehen weiter.

Aus demokratischer Sicht stellt der Südkaukasus eine Herausforderung dar, die mit der Situation in der Ukraine und in Israel-Palästina vergleichbar ist. Artsakh erzählt eine komplexe und schmerzhaft, miteinander verknüpfte Geschichte erfolgloser Versuche, mehr Demokratie zu erreichen, die auch anderen Orten in der Großregion vertraut ist. Um diese zusammenhängenden Faktoren hinter den aktuellen Erschütterungen von Osteuropa bis zur Levante zu erfassen, konzentriert sich dieser Aufsatz auf das Gesamtbild. Er versucht, die Situation in einer politischen Geografie zu klären, die Armenien, Karabach, Aserbaidschan, die Türkei und Israel umfasst. In diesem historisch-politischen Raum haben sich nach dem Ende des Osmanischen und des Roma-

In unterschiedlichem Ausmaß und in unterschiedlicher Form sind die Eliten der postimperialen, insbesondere der postosmanischen Nationalstaaten der unausweichlichen Herausforderung ausgewichen, in ihrer standardmäßig polyethnischen und pluriethnischen Geographie egalitäre Gesellschaftsverträge, d.h. ein konstitutionelles demokratisches Gemeinwesen, anzustreben. Indem dieser Aufsatz das alte, aber aktuelle Streben nach Demokratie in den Mittelpunkt stellt und die Demokratie als den realistischsten langfristigen Kompass für Lösungen ansieht, unterstreicht er die hohen Kosten einer fortgesetzten Politik der Demokratiefindlichkeit selbst in nominellen Demokratien wie z.B. Israel.

## Das postsowjetische Karabach vis-à-vis einer erneuerten pan-türkischen Brüderlichkeit

Die Einrichtung des autonomen Bezirks Armenisch-Berg-Karabach (Artsakh) innerhalb der Sowjetrepublik Aserbaidschan war eine politisch einseitige Lösung unter Lenin und Stalin in den frühen 1920er Jahren. Sie war das Ergebnis der antiwestlichen Freundschaft zwischen den neuen Regimen in Ankara und Moskau, die die Friedensstiftung in Paris und den neuen Völkerbund in Genf nach dem Großen Krieg ablehnten.

Ohne ein Referendum unter der betroffenen Bevölkerung traten die Bolschewiki

Karabach (und Nachitschewan) an Aserbaidschan ab. Minister Rıza Nur, Mitglied der Delegation Ankaras in Moskau im März 1921, beschrieb den transaktionalen Charakter des Freundschaftsvertrags mit den Bolschewiki: „Sie wollten sich mit uns anfreunden, um uns als Trumpf gegen die Briten und Franzosen einzusetzen. Auch wir benutzten den Russen als Trumpf. Wir wussten, dass wir bei Bedarf das Band brechen würden. Als überzeugter Panturkist fügte er hinzu: „Wir wollten Bakı immer noch besetzen. Der Hauptgrund war, den Weg nach Turan zu öffnen“<sup>1</sup> Für Nur ging es immer noch um die Verwirklichung des „kleinen Turan“, der Kleinasien und Teile des Südkaukasus umfasst. Der große Turan von Ziya Gökalp, dem maßgeblichen Mentor des türkischen Nationalismus und Freund von Talaat Pascha, war nach der Niederlage im Großen Krieg außer Reichweite.<sup>2</sup>

Der sowjetische Umgang mit Karabach war eher ein politischer Deal als eine ernsthafte Problemlösung und führte nach dem Zusammenbruch der UdSSR zu einem neuen Krieg. Die Armenier verfolgten die gerechte Sache der Selbstbestimmung, waren aber auch von einem ressentimentgeladenen und ängstlichen ethnischen Nationalismus motiviert und vertrieben so Hunderttausende von Aseris aus der Nachbarschaft von Karabach. Nach dem armenischen Sieg siegte nach Ansicht einiger armenischer Insider der politische Maximalismus über Weisheit und Weitsicht.<sup>3</sup> Jahrelange binationale und multinationale Bemühungen führten daher nicht dazu, dass der Waffenstillstand von 1994 in ein Friedensabkommen umgewandelt wurde. Dies war jedoch auch auf die zunehmend revanchistische Haltung Aserbaidschans zurückzuführen, das sich

1 Rıza Nur, *Hayat ve Hatıratım*, (Istanbul: İşaret), vol. 3, 167.

2 Über Gökalp als Pan-Turkist/Turanist und Mentor der Regierung des Komitees für Einheit und Fortschritt, s. H. Kieser, „Europe’s Seminal Proto-Fascist? Historically Approaching Ziya Gökalp, Mentor of Turkish Nationalism,“ *Die Welt des Islams* 61 (2021), 411-447.

3 Für ausführliche Erinnerungen und Überlegungen eines ehemaligen stellvertretenden Außenministers, s. Gerard J. Libaridian, *A Precarious Armenia: The Third Republic, the Karabakh Conflict, and Genocide Politics* (London: Gomidas, 2023).

schnell zu einem dynastischen, autokratischen Petrostaat entwickelte, der Konflikte und Feindbilder brauchte, um den nationalen Zusammenhalt zu fördern.<sup>4</sup>

Trotz seines gewaltsamen Entstehens war das postsowjetische Karabach in den drei Jahrzehnten seines Bestehens nie ein rechtloses Gebilde. Es wurde zu einem selbstbestimmten und funktionierenden, wenn auch nur selbsterklärten Staat, in dem überwiegend einheimische Armenier leben. Alles in allem fanden regelmäßige Wahlen statt, es herrschte Meinungsfreiheit und die Gewaltenteilung wurde umgesetzt. Dies waren demokratische Merkmale, die seine Nachbarn, mit Ausnahme Armeniens, schmerzlich vermissen ließen. Das Recht auf Selbstbestimmung ist eine Norm des Völkerrechts, auf die in Artikel 1 der UN-Charta verwiesen wird. Die heikle Frage ist, wie dieses Recht mit dem Recht der Staaten auf territoriale Integrität in Einklang gebracht werden kann. Aserbaidschan hatte jedenfalls weder das Recht, seine Ansprüche auf Karabach militärisch durchzusetzen, noch hatte es das Recht, die Bevölkerung Karabachs unmenschlich zu behandeln, wie es das tat. Mit seinem Angriffskrieg im Jahr 2020 und der im Dezember 2022 beginnenden Hungerblockade hatte es wiederholt gegen das Waffenstillstandsabkommen von 1994 und seine internationalen Verpflichtungen verstoßen. Während der Krieg von 2020 als Befreiung der vor 1994 verlorenen Gebiete außerhalb von Artsakh dargestellt werden konnte, bewies die Invasion von 2023, dass Baku einen maximalistischen Triumph mit Gewalt anstrebte und nicht eine auf dem Recht basierende Lösung, die auf dem Konsens eines friedlichen Kompromisses aufbaut.

Die aserbaidschanische Autokratie genoss bei ihrem Vorgehen die proaktive militärische und politische Unterstützung der Türkei und Israels.<sup>5</sup> Russland, Armeniens traditioneller und formaler Verbündeter, war unter einem zynischen Präsidenten selbst zu einem antidemokratischen Aggressor geworden. Putin hat Armenien einfach im Stich gelassen, nachdem das Land 2018 begonnen hatte, sich stärker am Westen zu orientieren. In ähnlicher Weise hatte er mit Ankara gemeinsame Sache gemacht, als die

türkische Armee in Orte der aufkeimenden pluralistischen Demokratie in Afrin und Rojava in Nordsyrien eindrang und sie zu Nestern dschihadistischer Milizen machte; nur die amerikanische Präsenz verhinderte eine weitere Invasion und Zerstörung.

Im Großen und Ganzen hat die internationale Gemeinschaft die Augen vor den eklatanten und anhaltenden Verstößen Bakus gegen das Völkerrecht verschlossen und keine wirksamen Maßnahmen gegen den Verletzer, ein Mitglied des Europarats, und gegen seinen engen türkischen Verbündeten, ein NATO-Mitglied, ergriffen. Sowohl Russland als auch Europa waren mehr an funktionierenden Beziehungen mit der Petro-Macht Baku und der Regionalmacht Ankara interessiert als an der Verteidigung der armenischen Demokratie. Die Abhängigkeit des Westens von Öl und Gas lähmte ernsthafte Kritik und Widerstand gegen die allgegenwärtige Korruption und die gezielte anti-armenische Kriegstreiberei. Im Juli 2022 lobte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Aserbaidschan als Europas wichtigsten Partner bei der Abkehr von russischen fossilen Brennstoffen. Sie hob das große Potenzial der Beziehungen zu Baku hervor.<sup>6</sup>

Jüdische Organisationen und Israel - ein unvollendetes post-osmanisches Demokratieprojekt, das Gefahr läuft, eine Ethnokratie zu werden - haben die Propagandatrommel für Baku, einen strategischen Verbündeten und kaufkräftigen Waffenkäufer, gerührt. Die Leugnung des Völkermords an den Armeniern gehört zu dieser Art von Propaganda, deren wiederkehrendes unwissenschaftliches Muster darin besteht, dass jeder Vergleich zwischen jüdischen und armenischen Erfahrungen abgelehnt wird.<sup>7</sup> Unterstützt von der israelischen Diplomatie ist dies seit dem späten 20. Jahrhundert eine Hauptlinie der Leugnungspolitik Ankaras.<sup>8</sup>

6 Statement der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zum Gasdeal mit Aserbaidschan: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_22\\_4550](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_4550).

7 In diesem Sinne setzte eine Gruppe von 50 führenden europäischen Rabbinern am Vorabend des letzten Angriffs auf Berg-Karabach im September 2023 mit einer anti-armenischen Erklärung zur Unterstützung Bakus dem Ganzen noch eins drauf <https://rce.eu.com/en/item/43538>.

8 Eldad Ben Aharon, „The Israeli Policy on the Armenian Genocide and the Geopolitics of Memory“ in: *Just Memories: Remembrance and Restoration in the Aftermath of Political Violence*, ed. Camila de Gamboa Tapias, Bert van Roermund (Cambridge:

Geschichtsverfälschung durch Leugnung ist alles andere als harmlos. Sie verletzt und beleidigt nicht nur die Opfer und ihre Nachkommen. Sie zerstört auch die öffentliche Glaubwürdigkeit der Leugner und beschädigt damit das Fundament der Demokratie.

Türkische und aserbaidschanische Führer wetteifern miteinander, indem sie ihre Blutsbrüderschaft, islamische Solidarität und ahistorische Ansprüche auf „angestammtes Land“ beschwören. Sie bedienen sich oft einer martialischen, bisweilen völkermörderischen Rhetorik oder beziehen sich anerkennend auf die Täter des armenischen Völkermords. Bei einem Besuch in Baku im Oktober 2009 erklärte der damalige türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu, dass 72 Millionen anatolische Brüder und Schwestern bereit seien, für Aserbaidschan zu sterben - also auch zu töten.<sup>9</sup> Dies geschah nur wenige Tage nach der Unterzeichnung der Züricher Protokolle mit Armenien, die den Weg für eine Normalisierung der beschädigten Beziehungen der Türkei zu den Armeniern, einschließlich einer Aufarbeitung der Geschichte, öffnen sollten. Davutoğlu wollte eine Krise mit seinen aserbaidschanischen Brüdern entschärfen, weil der große Bruder Türkei im Zuge der Annäherung Ankaras an die EU das gemeinsame Feindbild Armenien mit den Züricher Protokollen in Frage zu stellen schien.

Die mythisch überhöhten rassistischen und religiösen Bindungen zwischen der Türkei und Aserbaidschan trugen dazu bei, dass die hoffnungsvollen Protokolle vom Oktober 2009 schnell zu Fall gebracht wurden.<sup>10</sup> 2010 wurde ein türkisch-aserbaidschanisches Abkommen über strategische Partnerschaft und gegenseitige Unterstützung geschlossen. Gleichzeitig begannen die EU-Annäherung und der interne Reformeifer in der Türkei zu

Cambridge University Press, 2020), 313-340. Weitere Informationen, einschließlich des spätoosmanischen Hintergrunds der jüdischen und zionistischen Flirts mit Sultanen und der Potentaten des Komitees für Einheit und Fortschritt, s. H. Kieser, „Histories of denial“, *The American Historical Review* 127, issue 2, Juni 2022, 925-928.

9 Enes Cansever: „ ‚Bir millet iki devlet‘ sözünde değişiklik yok“ *Zaman*, 23 October 2009.

10 Taline Papazian, „Le conflit du Haut-Karabagh dans les stratégies idéologiques et politiques des chefs d’Etat de l’Arménie post-soviétique“, in: *Le Sud Caucase: Etats-nations et enjeux internationaux*, ed. Julien Zarafian et Raymond Kévorkian (Paris: Bibliothèque Nubar, 2011), 65.

4 Audrey L. Altstadt, *Frustrated Democracy in Post-Soviet Azerbaijan* (Washington, DC: Woodrow Wilson Center, 2017), 6-47.

5 Eldad Ben Aharon, *Between Geopolitics and Identity Struggle: Why Israel Took Sides with Azerbaijan in the Nagorno-Karabakh Conflict* (Frankfurt: PRIF, 2023).

stagnieren. Die Korruption begann, Ankaras jüngste verfassungsrechtliche Errungenschaften zu torpedieren; in Aserbaidschan und seinen Außenbeziehungen war sie notorisch weit verbreitet.<sup>11</sup> Die neu gewonnene Meinungsfreiheit der Türkei, die sich der EU zugewandt hatte, erlitt schwere Schläge. Der Abstieg in die Autokratie begann mit der Ernennung von R.T. Erdoğan zum Präsidenten im Jahr 2014. Der neue Präsident besuchte sofort Baku, verherrlichte die türkisch-aserbaidschanische Brüderlichkeit und unterstrich den viel zitierten Slogan von Präsident Heydar Aliyev: „Eine türkische Nation in zwei Staaten“ (eine Idee, die auf den Pan-Türkismus des frühen 20. Jahrhunderts zurückgeht).<sup>12</sup> İlham Aliyev hatte 2003 die Nachfolge seines verstorbenen Vaters Heydar Aliyev angetreten - eines ehemaligen sowjetischen Parteichefs, der sich als türkisch-aserbaidschanischer Nationalist neu erfunden hatte und nun einen posthumen Führerkult genießt, der an Atatürk in der Türkei erinnert.

Seit Anfang der 2000er Jahre finden Besucher des Nationalen Geschichtsmuseums von Aserbaidschan in Baku Schautafeln über den „von Armeniern begangenen Völkermord an Aserbaidschanern“ in den Jahren 1905-1906 und 1918-1920. Diese Ereignisse aus dem frühen 20. Jahrhundert werden von der offiziellen Geschichtsschreibung in eine Reihe mit angeblichen Völkermorden während des Karabach-Krieges gestellt, insbesondere in der Stadt Chodschali, wo armenische Streitkräfte im Februar 1992 etwa hundert, vielleicht mehrere hundert Zivilisten töteten. Die Thematisierung des Völkermords an den Armeniern im späten Osmanischen Reich und des Massakers an vielen tausend armenischen Zivilisten während der osmanischen Eroberung von Baku im September 1918 ist dagegen in der Gedankenwelt der türkisch-asiatischen Nationalisten völlig tabu.

Der gemeinsame Nenner der türkisch-aserbaidschanischen Brüderlichkeit im 21. Jahrhundert ist Armenien und die Armenier. Es ist ein negativer Nenner zweier Länder, deren autokratische Führer Krieg führen müssen, um ihre Herrschaft und ihren nationalen Zusammenhalt zu sichern. Oft entmenslicht - vor allem in der Propaganda seit 2020, die alte Klischees aufgreift - stellen die Armenier die grundlegend „ande-

ren“ dar: die angeblich böse, amoralische, schwache und feige Nation. Unabhängig von der transaktionalen philosemitischen Sprache in der Diplomatie sind antiarmenische und antijüdische Klischees auf vielen Ebenen des türkischen Nationalismus miteinander verbunden. Seit dem frühen 20. Jahrhundert entsprechen sie weitgehend dem westlichen Antisemitismus.

Der israelische Staat und jüdische Interessengruppen haben sich jedoch dafür entschieden, das Konzept „zwei Staaten - eine Nation“ zu unterstützen, das von einer Ideologie durchdrungen ist, die sich nicht weniger gegen Juden und Israel wenden könnte als gegen autochthone Christen. Diese Realität spiegelt sich in den anhaltenden heftigen antijüdischen Reaktionen in der Türkei im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg und dem Hamas-Pogrom vom 7. Oktober wider. Die Art und Weise der dschihadistischen Grausamkeit in diesem Massaker ist bekannt von den weitaus schlimmeren Pogromen gegen die Armenier, die zusätzlich zum Völkermord von 1915 im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert verübt wurden.

#### Lausanner „Nahost-Frieden“: Triumph der Antidemokratie

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die aggressive Verbrüderung von Ankara und Baku, der tief verwurzelte Defätismus Europas in Bezug auf Armenien und der riskante Opportunismus Israels sich im Herbst 2023 gegen eine kleine, aber demokratisch gesinnte armenische Insel verbündeten. Sie alle haben sich mit dem regional Starken in seinem Krieg gegen den Schwachen verbündet oder ihn geduldet - ohne Rücksicht auf einen demokratischen Kompass und die langfristige Herausforderung eines soliden Friedens.

Sozialdarwinismus und schlauer, aber rücksichtsloser diplomatischer Opportunismus liegen diesen Tatsachen zugrunde und erinnern so an die bahnbrechende Lausanner Nahost-Friedenskonferenz, bei der Minister Rıza Nur der Vize-Bevollmächtigte und Chefdiplomate der Delegation Ankaras war. Ein genauerer Blick auf den immer noch gültigen Lausanner Vertrag, seine Vorgeschichte und seinen Kontext hilft zu verstehen, wie politische Angelegenheiten und Beziehungen in dem durch ihn definierten großen politischen Raum funktionieren. Das deutlichste Merkmal ist der Mangel an demokratischen Gesellschaftsverträgen und die Unterdrückung der beginnenden Demokratie, wo und wann immer sie in dieser politischen Geographie aufkeimt. Eng

verbunden mit diesem antidemokratischen Merkmal sind Überzeugungen rassistischer und religiöser Vorherrschaft, die parteipolitische Regime, Ethnokratien und theokratische Ambitionen untermauern.<sup>13</sup>

Mit dem Vertrag von Lausanne, der den Vertrag von Paris-Sèvres von 1920 revidierte, wurde eine Reihe von Verträgen für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg abgeschlossen. Er überließ den Südkaukasus der sowjetischen und in geringerem Maße auch der türkischen Herrschaft. Statt eines echten „Nahost-Friedens“, wie er genannt wurde, läutete er ein Jahrhundert führerzentrierter Parteienstaaten ein. Am Lausanner Verhandlungstisch hatten westliche national-imperiale Prioritäten, türkisch-muslimischer Ultrationalismus und die Folgen des ungesühnten Völkermords in Anatolien die Oberhand. Während Lausanne ein Jahrzehnt des Krieges beendete, das Osmanische Reich auflöste und die Koordinaten für die post-osmanische Welt festlegte, inspirierten die dunklen Seiten der Konferenz die Nazis. Der Vertrag billigte das demografische Engineering und das Paradigma eines einheitlichen Nationalstaats, der mit Gewalt ethnisch homogenisiert werden sollte. Wichtige Grundsätze des Völkerbundes - darunter die pluralistische Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht, die Rechte der Minderheiten und der auf dem Recht basierende internationale Frieden - wurden aufgegeben.

Der Glaube an ein demokratisches Zusammenleben ging in Lausanne also völlig verloren. Im Gegensatz zu den demokratischeren Entwürfen, die bei und kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs verfolgt wurden, schloss der Lausanner Vertrag die Selbstbestimmung der indigenen Völker in Anatolien und Mesopotamien aus. Fast alle Mitglieder der neuen Regierung in Ankara und der Nationalversammlung gehörten dem diktatorischen Parteienstaat der Jungtürken unter der Führung des Komitees für Union und Fortschritt (CUP) an oder standen ihm nahe. Gazi Kemal Pascha (Atatürk), Ankaras oberster Führer, war ein prominenter CUP-General gewesen. In gemeinsamer Verantwortung, aber in erster Li-

11 Altstadt, Frustrated Democracy in Post-Soviet Azerbaijan, 97-138.

12 Präsident Erdoğan in Aserbaidschan: <https://www.tccb.gov.tr/en/news/542/94774/president-erdogan-in-azerbaijan->

13 Für einen tieferen Einblick in die Lausanner Konferenz und den Vertrag s. Jay Winter, *The Day the Great War Ended*, 24 July 1923: *The Civilianization of War* (Oxford University Press, 2022); H. Kieser, *When Democracy Died: The Middle East's Enduring Peace of Lausanne* (Cambridge University Press, 2023).

nie nach dem Willen Ankaras, entschieden sich die Verhandlungsführer in Lausanne für eine erzwungene „Entmischung“ der Völker, d.h. für einen Zwangstransfer, der die „neue Türkei“ demografisch und kulturell weiter entchristlichte.

In diesem Essay über die jüngste Auslöschung des armenischen Artsakh ist es besonders wichtig, den rassistischen und exterminatorischen Ultrationalismus zu verstehen, der in Teilen der Nationalversammlung Ankaras und ihrer Delegation in Lausanne vorherrschte. In Form eines aggressiven Turanismus nahm dieser fundamentale Nationalismus wesentliche Züge des Ariertums der Nazis vorweg. Dr. Rıza Nur war ein produktiver Autor auf dem Gebiet des islamischen Turanismus (Pan-Turkismus). Obwohl er sich später mit den Kemalisten überwarf, repräsentierte er in den frühen 1920er Jahren große Teile der politischen Klasse der Türkei. Er wurde von den Islamisten und der extremen Rechten vollständig rehabilitiert und tut dies derzeit wieder, posthum. Seine unverhohlenen rassistischen und von Überlegenheitsdünkel geprägten Äußerungen sind bei den Propagandisten des jüngsten Krieges um Karabach und in den sozialen Medien wieder aufgetaucht.

Nur erklärte in seiner Geschichte der Armenier, einem 1923 herausgegebenen osmanischen Manuskript, dass Armenier und Juden ein elendes, ruheloses und widerspenstiges Volk seien, dessen „Charakter Unheil über sie bringt“, d.h. regelmäßige Verfolgungen und Massaker. Als Verfechter einer frühen Form der berüchtigten türkischen Geschichtstheorie der 1930er Jahre behauptete er: „Wir Turanier, wir sind die reine, unvermischte Bevölkerung“, d.h. die Ureinwohner Anatoliens und Eurasiens. Die Armenier bezeichnete er als Eindringlinge aus dem ersten Jahrhundert v. Chr., die „wie ein bössartiger Tumor in unserem [anatolischen] Körper verblieben waren und durch eine chirurgische Operation entfernt werden mussten“. Für ihn war es „gegen die Natur, dass ein christliches Volk, das nur eine Minderheit ist, in Asien lebt. Ein solches Volk ist wie ein fremder Körper in Asien.“ Folglich „gibt es für die Armenier keine andere Lösung, als sich den unvermeidlichen schweren Folgen dieses unnatürlichen Zustands zu beugen, zum Islam zu konvertieren oder zu verschwinden“.<sup>14</sup> Am Lausanner Ver-

handlungstisch behaupteten Nur und Ismet Pascha İnönü, der die Delegation Ankaras leitete, die Kurden seien Turanier, die harmonisch in den türkischen Nationalstaat eingegliedert werden könnten.<sup>15</sup>

Die Lausanner Konferenz opferte das Recht der überlebenden osmanischen Armenier auf Rückkehr in ihre früheren Häuser und Besitztümer. Das Projekt einer „armenischen Heimat“ auf dem Land der Vorfahren wurde begraben, und die Gerechtigkeit für Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde aufgegeben. Der Genfer Völkerbund hatte ein freies Armenien als Mitglied des neuen Völkerbundes ins Auge gefasst. Im Herbst 1920 diskutierten die Versammlung und ihre Mitglieder heftig über die kritische Lage Armeniens, konnten aber nicht handeln. Die Westmächte, die wichtigsten, aber nicht überzeugten Unterstützer des Völkerbundes, waren nicht bereit, militärisch gegen die Truppen Ankaras zu intervenieren. Diese griffen die Republik Armenien von Westen her an, während die Rote Armee von der anderen Seite eindrang. Im März 1921 bestätigte der Moskauer Vertrag die Teilung Armeniens und damit die wichtigsten territorialen Regelungen des vorangegangenen türkisch-armenischen Vertrags von Alexandropol. Das nun territorial verkleinerte Sowjetarmenien wurde zwar vor weiteren türkischen Angriffen bewahrt, war aber fortan aus dem westlichen Einflussbereich ausgeschlossen.

Macht statt Recht definierte den Vertrag von Lausanne, dieses Fundament des modernen Nahen Ostens und die Geburtsurkunde des türkischen Nationalstaates. Er bekräftigte die Ablehnung von egalitärer Pluralität und Alterität - den Kernmerkmalen einer echten Demokratie. Der türkische Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches galt fortan als erfolgreiches Modell der westlich geprägten Modernisierung. Als radikal nationalistisches Paradigma inspirierte er die frühe nationalsozialistische Bewegung in Deutschland. Der junge Jurist Carl Schmitt, der wenige Jahre später unter Hitler zum Starjuristen wurde, war tief beeindruckt von der „heutigen Türkei mit ihrer radikalen Vertreibung der Griechen und ihrer rücksichtslosen Türkisierung des Landes“. Aus diesem Beispiel entwickelte er eine pervertierte Vorstellung von Demokratie, deren „politische Kraft“ sich, so behauptete er, „in der Fähigkeit zeigt, das Fremde und Ungleiche, das die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten“.<sup>16</sup>

tete er, „in der Fähigkeit zeigt, das Fremde und Ungleiche, das die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten“.<sup>16</sup>

Die sowjetische Herrschaft im Kaukasus erwies sich als ein imperiales Zwischenspiel von etwas mehr als einem halben Jahrhundert, das demokratische Lösungen, d.h. Selbstbestimmung, bürgerliche Freiheiten und befriedete plurale Gesellschaften, nicht förderte. Daher kehrten die Mythen des frühen 20. Jahrhunderts von Größe, Blutsbrüderschaft und religiöser und rassistischer Vorherrschaft, einschließlich des Pan-Turkismus und Pan-Islamismus, mit Nachdruck zurück, um nach dem Kalten Krieg neue Kriege zu nähren. Aliyevs „Lösung“ des Karabach-Konflikts durch brutale militärische Gewalt entsprach dem sozialdarwinistischen Geist von Lausanne. Doch das jüngste Joint Venture von Baku und Ankara belebte auch die antiwestlichen Machtgelüste aus der Zeit vor Lausanne wieder, wie sie von Enver Pascha, dem Kriegsminister und Armeechef des CUP-Parteienstaates während des Ersten Weltkriegs, verkörpert wurden.

1918, nach dem Zusammenbruch des zaristischen Russlands, eroberte Envers Armee des Islam große Teile des Südkaukasus, darunter auch Baku. In einem Telegramm an seinen dortigen General erklärte er die Notwendigkeit, die kaukasischen Armenier (darunter viele zehntausend Überlebende des Völkermords in Anatolien) „völlig zu schwächen“ und „sie in einem völlig verarmten Zustand zu lassen, so dass ihre entbehrungsreichen Lebensbedingungen sie daran hindern, sich selbst zu organisieren.“<sup>17</sup> Enver Pascha, die panislamistische, pantürkische Ikone der CUP, trug zusammen mit Innenminister Talaat Pascha - der obersten Führungskraft im CUP-Parteienstaat, der schließlich zum Großwesir ernannt wurde - die Hauptverantwortung für den Völkermord an den Armeniern 1915.

**Quelle:** Dieser Artikel erschien auf der Webseite <https://cgcinternational.co.in/precarious-democracy-in-genocides-shadow-armenia-and-karabakh/>, Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

14 Rıza Nur, *Ermeni Tarihi*, Ottoman manuscript (Staatsbibliothek zu Berlin, Ms. Orient Quart, 1394).

15 Lausanne Conference on Near Eastern Affairs (1922–1923): Records of Proceedings and Draft Terms of Peace (London: His Majesty's Stationery Office, 1923), 342–343.

16 Carl Schmitt im Vorwort der Ausgabe von 1926 seines Werkes „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“ (Berlin: Duncker und Humblot, 1926).

17 Kriegsminister Enver Pasha an General Vehib Pasha, 9. Juni 1918, zitiert in H. Kieser, *Talaat Pasha: Father of Modern Turkey, Architect of Genocide* (Princeton University Press, 2018), 366.